

Europäisierung der Zivilgesellschaften oder Europäische Zivilgesellschaft?

Ein Tagungsbericht

1. Einleitung

Sowohl die Europaforschung als auch die Europäische Union (EU) selbst haben in den letzten Jahren ein starkes Interesse am Konzept der Zivilgesellschaft entwickelt. Dies lässt sich auf zwei Entwicklungen zurückführen: Zum einen ist es das grenzüberschreitende zivilgesellschaftliche Engagement, wie es in den letzten Jahren vor allem an den Aktivitäten der Globalisierungsgegner sichtbar geworden ist. Zum anderen ist es die Frage nach der Legitimation der Europäischen Union, die als Form politischer Herrschaft die Freiheitsrechte und Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen einschränkt, ohne – so zumeist die Diagnose – den europäischen Bürgerinnen und Bürgern in ausreichendem Maße Teilhaberechte an dieser Herrschaft zu gewähren. Die Einbindung zivilgesellschaftlicher Akteure in das europäische Regieren erscheint dabei als geeignete Strategie, um die Legitimität der EU zu verbessern. Eine wichtige Voraussetzung für die Beurteilung dieser Strategie ist die Auseinandersetzung mit dem Konzept der Zivilgesellschaft, seiner theoretischen und empirischen Relevanz für das Regieren im europäischen Mehrebenensystem sowie die Klärung der dahinter stehenden Legitimationsmodelle.

Die Tagung »Europäisierung der Zivilgesellschaften oder Europäische Zivilgesellschaft – Konzepte, Akteure, Strategien« war darauf ausgerichtet, einen Beitrag zur Integration der in diesem Bereich existierenden unterschiedlichen Forschungsrichtungen zu leisten.¹ Ziel war die Zusammenführung von theoretischen Ansätzen, die sich mit der Legitimation europäischer Politik durch die Entstehung und Einbindung einer europäischen Zivilgesellschaft auseinander setzen, auf der einen Seite und empirischen Ergebnissen aus der Interessenvermittlung, NGO-Forschung und aus dem Bereich europäischer Institutionenpolitik auf der anderen.

2. Das Konzept der Zivilgesellschaft in Europa

Anknüpfend an das konstatierte Legitimationsdefizit europäischer Politik und das auf die EU gerichtete Engagement von NGOs und Interessenorganisationen stellt sich die Frage nach der Entstehung und den Funktionen einer europäischen Zivilge-

1 Die Tagung fand vom 8.-9. April 2003 im Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) statt.

sellschaft: Können das Entstehen einer europäischen Zivilgesellschaft und/oder die Europäisierung nationaler Zivilgesellschaften zur Legitimation europäischen Regierens beitragen und die Kluft zwischen europäischen Gesellschaften und europäischer Politik überwinden?

Drei Fragestellungen stehen dabei im Mittelpunkt: (1) Welches Konzept von Zivilgesellschaft ist dem europäischen Raum angemessen? (2) In welchem Verhältnis steht die europäische Zivilgesellschaft zur Herausbildung einer europäischen Öffentlichkeit, die ebenfalls als Lösung des Legitimitätsdefizits der EU beschworen wird? (3) Wenn Zivilgesellschaft ein Legitimitätspotenzial zugestanden wird, welchen Kriterien muss die Einbindung der Zivilgesellschaft in die europäischen Entscheidungsprozesse genügen?

Die Zivilgesellschaft umfasst eine vitale Vielfalt freiwilliger gesellschaftlicher Organisationen und Assoziationen, konstituiert eine gesellschaftliche Sphäre jenseits von Markt und Staat und qualifiziert die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen legitimer Politik. Zivilgesellschaftlichen Akteuren werden Funktionen im intermediären Raum zugewiesen, die für die demokratische Legitimation eines politischen Systems von Bedeutung sind: Sowohl die Möglichkeit der politischen Partizipation als auch die Entstehung einer politischen Öffentlichkeit gehen aus einer organisierten Zivilgesellschaft hervor. Vor diesem Hintergrund erschließt sich die Bedeutung des Konzepts für die Legitimation europäischer Politik. Die Herausforderung für die Wissenschaft besteht darin, das Konzept der Zivilgesellschaft auf politische Räume jenseits des Nationalstaats zu übertragen und mit dem europäischen Regieren zu verknüpfen. Dieter Rucht geht sogar so weit, das Konzept der Zivilgesellschaft gänzlich von der Vorstellung territorial begrenzter Räume zu lösen. Nicht nur die Verknüpfung mit nationalstaatlichen Grenzen, sondern auch eine Orientierung des Konzepts der Zivilgesellschaft an europäischen Grenzen sei zu vermeiden. Zivilgesellschaft sei vielmehr die tendenziell grenzenlose Gesamtheit freiwilliger nicht-staatlicher Zusammenschlüsse von Bürgerinnen und Bürgern, die in eigener Regie gesellschaftliche Aufgaben wahrnehmen oder sich anwaltschaftlich für kollektive Güter bzw. unterprivilegierte Gruppen einsetzen. Damit sei auch der Begriff des »Zivilen« konkretisiert, der oft lediglich alles Nicht-Staatliche bezeichne. Diese normativ bestimmte Konstruktion einer tendenziell globalen Zivilgesellschaft birgt jedoch ein Problem, das in der anschließenden Diskussion deutlich zu Tage trat: Durch das Spannungsverhältnis zwischen einer grenzenlosen Zivilgesellschaft und der institutionellen Verankerung in der EU sperrt sich das Konzept gegen die empirische Anwendung.

Ein wichtiger Punkt für die differenzierte Analyse eines zivilgesellschaftlichen Legitimitätspotenzials ist die – in der Regel eher implizite – Verschränkung mit dem Konzept der politischen Öffentlichkeit. Der Verknüpfung politischer Willensbildung mit einer responsiven Öffentlichkeit wird in input-orientierten Legitimationsmodellen eine wichtige Funktion für legitimes Regieren zugewiesen. Während der Zusammenhang zwischen den Konzepten in vielen Arbeiten nebulös bleibt, systematisiert Hans-Jörg Trenz die Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure für die Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit, wobei er das Konzept einer *organisierten*

Zivilgesellschaft zugrunde legt. Unter bestimmten Bedingungen könne diese zur Öffentlichkeit europäischen Regierens beitragen. Die Charakteristika der zivilgesellschaftlichen Einbindung in die europäische Politik zeigen jedoch, dass diese Bedingungen in der Praxis nicht gegeben sind: Zum einen ist statt spontaner Selbstorganisation häufig die Fremdorganisation durch politische Institutionen auf der Suche nach potenziellen Partnern und Verbündeten zu beobachten. Zum Zweiten ist sie eher durch stillen Lobbyismus und die Kooperationsbereitschaft zivilgesellschaftlicher Akteure als durch eine öffentliche Protestkultur gekennzeichnet. Drittens fördert die Union die Herausbildung eines supranational geschlossenen Handlungsfeldes, dem es an vertikaler Vernetzung und einer Vermittlung von Inhalten zwischen europäischer und lokaler Ebene mangelt. Daran zeige sich, so Hans-Jörg Trenz, dass die organisierte Zivilgesellschaft nicht zur Lösung des europäischen Öffentlichkeitsdefizits beiträgt und sich vielmehr selbst um die Herstellung von Öffentlichkeit für ihr europäisches Engagement bemühen muss. Dies könnte in einer Art »integriertem Regieren« zwischen Öffentlichkeit und Zivilgesellschaft geschehen. Dabei würden gesellschaftliche Lernprozesse institutionalisiert, die in Netzwerken miteinander verknüpfte Akteure aus Regierungen, EU und der organisierten Zivilgesellschaft mit einem lernenden Publikum zusammenführen.

Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit qualifizieren die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen legitimer Politik. In einem nächsten Schritt gilt es jedoch zu klären, auf welches Demokratiemodell sich die Debatte um die Entstehung einer europäischen Zivilgesellschaft bezieht, wie dieses Modell auf die europäische Politik übertragen werden kann und welche Funktionen zivilgesellschaftlichen Akteuren in einem solchen Modell zugewiesen werden. Jens Steffek und Patrizia Nanz haben auf der Grundlage eines deliberativen Demokratiemodells einen Kriterienkatalog entwickelt, mit dem das Legitimationspotenzial zivilgesellschaftlicher Akteure theoretisch konzeptualisiert und empirisch bewertet werden kann. Zu diesen Kriterien gehören: (1) Der Zugang zivilgesellschaftlicher Akteure zu den Beratungs- und idealerweise auch Entscheidungsgremien internationaler Organisationen, unter die hier auch die EU subsumiert wird, (2) die *Transparenz* der Entscheidungsfindung und der verlässliche Zugang zu relevanten Informationen und Dokumenten, (3) die *Rechtfertigung* politischer Entscheidungen, (4) die *Responsivität*, also die *Berücksichtigung* der Argumente zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Politik internationaler Organisationen und (5) die systematische *Inklusion* der Anliegen aller Betroffenen in den Beratungs- und Regelsetzungsprozess. Hier sei besonders kritisch zu begutachten, ob die Akteure der Zivilgesellschaft in ihren internen Verfahren auch selbst für den argumentativen Einfluss benachteiligter Gruppen offen sind. In der Diskussion wurde auf die empirische Umsetzung der Kriterien (3) - (5) hingewiesen und angemerkt, wie schwierig die Beurteilung von Diskursqualität methodisch sei.

3. Europäische Strategien gesellschaftlicher Akteure

Neben der theoretisch motivierten Debatte um das Konzept und die normativen Funktionen einer europäischen Zivilgesellschaft stellt sich die Frage nach der empirischen Verfasstheit organisierter Zivilgesellschaft in Europa sowie den europäischen Strategien zivilgesellschaftlicher Akteure. Ob und inwieweit nationale oder sogar lokale gesellschaftliche Akteure ihre Aktivitäten auf die europäische politische Ebene richten, ob es Formen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren gibt, wie diese aussehen und warum sie variieren, waren ebenso Fragestellungen der Tagung wie die Frage nach den Bedingungen für unterschiedliche Strategien und Organisationsformen. Empirische Erkenntnisse dazu lieferten die unterschiedlichen Beiträge des zweiten Tagungsblocks durch die Auswertung empirischer Forschungsergebnisse aus unterschiedlichen Politikfeldern.

Insgesamt wurde festgestellt, dass eine Europäisierung im Sinne der Ausweitung des Aktivitätshorizonts zivilgesellschaftlicher Akteure auf die EU in nahezu allen Bereichen der europäischen Integration stattgefunden hat, jedoch in unterschiedlichem Ausmaß. So sperren sich z. B. die Gewerkschaften gegen eine stärkere Europäisierung, wie die Beiträge von Thomas Fetzer und Rainer Weinert deutlich machten. Vor diesem Hintergrund stellte sich die Frage, welche Faktoren für das Ausmaß der Europäisierung von Zivilgesellschaften verantwortlich sind. In einem Vergleich der verschiedenen Projekte kristallisierten sich zu dieser Frage drei Faktoren bzw. Faktorenbündel heraus. Zum einen ist (1) das alte Diktum »policy determines politics« von Bedeutung, wie Hubert Heinelt in seiner politikfeldübergreifenden Studie bestätigte. Entscheidend für die Organisation von Interessen ist die Art des Problems, die Wahrnehmung der Policy-Wirkung und der gruppenspezifischen Betroffenheit, das mit der Öffentlichkeitswirkung eines Problems einhergehende Mobilisierungspotenzial sowie die – nach Politikfeldern varierende – europäische Anreizstruktur (mit diesem Aspekt befasste sich auch der dritte Themenblock). Darüber hinaus spielt (2) das jeweilige politische System als Ausgangspunkt zivilgesellschaftlichen Engagements eine Rolle. Barbara Wasner stellte fest, dass unterschiedliche politische Systeme mit unterschiedlichen Typen von Wohlfahrtstaatlichkeit, gesellschaftlichem Mobilisierungsgrad sowie politischen Kulturen im Sinne dominierender Weltanschauungen oder »Europa-Orientierungen« verknüpft sind und mit unterschiedlichen Formen und Ausprägungen zivilgesellschaftlichen Engagements einhergehen. Ein weiteres Bündel von Faktoren, das auf das europäische Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure Einfluss nimmt, ist (3) mit den Akteurseigenschaften verbunden. So wies Hubert Heinelt auf die Bedeutung unterschiedlicher Formen der Zusammenarbeit in europäischen Verbänden hin: Im Verbraucherschutz herrscht eine weitgehende Konzertierung der Anstrengungen vor, während die Umweltverbände nur eine lose Kopplung ihrer Aktivitäten betreiben. Und während die europäische Verbrauchervereinigung sich auf die zentrale Forderung nach *consumer choice* konzentrieren kann, muss sich das Europäische Umweltbüro für eine Vielzahl ganz unterschiedlicher Anliegen einsetzen. Zu den organisatorischen

Bedingungen, unter denen sich die zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit auf europäischer Ebene entwickelt, gehört auch die Existenz transnationaler Kommunikationsbeziehungen zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren. Letzteres fehlt beispielsweise im Bereich der Wohlfahrtsverbände, wie der Beitrag von Birgit Sittermann, Anja Appelt und Annette Zimmer zeigte, der sich mit dem europäischen Engagement deutscher Wohlfahrtsverbände befasst.

Mit Blick auf die Strategien zivilgesellschaftlicher Akteure im europäischen politischen System ließ sich zusammenfassend feststellen, dass die Strategien von NGOs – das wurde auch in der Diskussion bestätigt – stark an die Charakteristika der Interessenrepräsentation von Vertretern der Wirtschaft oder aber auch der regionalen Gebietskörperschaften erinnern: Zum einen ist die Zweigleisigkeit von Lobbyarbeit und anwaltschaftlichem Engagement zu erkennen. Dabei sind zivilgesellschaftliche Akteure weiterhin nationalstaatlich organisiert und verfolgen ihre Ziele in der europäischen Politik sowohl als nationalstaatliche Organisationen als auch innerhalb genuin europäischer Zusammenschlüsse, worauf auch die Forschung von Birgit Sittermann, Anja Appelt und Annette Zimmer im Bereich der Wohlfahrtsverbände hinweist. Zum Zweiten ist es für zivilgesellschaftliche Akteure im Sinne einer »Arenenkopplung« (Heinelt) wichtig, bei verschiedenen Organen der Europäischen Union Gehör zu finden, wobei die Europäische Kommission und das Europäische Parlament von besonderer Bedeutung sind.

4. Einbindungsstrategien Europäischer Institutionen

Den Strategien zivilgesellschaftlicher Akteure stehen die europäischen Institutionen gegenüber, die als Akteure eine aktive Einbindungsstrategie verfolgen – wie bereits mehrfach im zweiten Themenblock angeklungen war. Die Rolle von europäischen Institutionen für die Organisation von Zivilgesellschaft kann mit unterschiedlichen Zielen verbunden sein und dementsprechend unterschiedliche Formen annehmen: (1) Sie kann durch Informationsverteilung und/oder Subventionierung zivilgesellschaftlicher Aktivitäten auf einen Ressourcenausgleich innerhalb einer europäischen Zivilgesellschaft ausgerichtet sein. Sie kann sich (2) – im Sinne eines deliberativen Legitimationsmodells – auf die Verbesserung der Beratungs- und Entscheidungsqualität durch zivilgesellschaftliche Einbindung richten. In Ermangelung anderer Kommunikationskanäle kann (3) die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren die einzige Möglichkeit sein, bestimmte Bereiche der Bevölkerung zu erreichen und öffentliche Resonanz zu erzeugen.

Vor allem die EU-Kommission hat sich in den letzten Jahren um eine verstärkte Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren bemüht. Dabei lassen sich drei Formen der Einbindung identifizieren: (1) Ad-hoc-Treffen zwischen Kommissionsdienststellen und NGOs, die von vielen Generaldirektionen (GD) initiiert werden, so in den Bereichen Landwirtschaft, Umwelt, Beschäftigung und Soziales sowie bei der Zusammenarbeit mit Drittländern. (2) Strukturierte Zusammenarbeit – strukturierter Dialog: Darunter fallen die regelmäßigen Treffen mit NGOs. So führt

die GD »Handel« regelmäßige Konsultationen über Themen der Handelspolitik und insbesondere der Welthandelsorganisation (WTO) durch. (3) Institutionalisierte Konsultationen, die mit der Verpflichtung verbunden sind, zivilgesellschaftliche Akteure im Zuge des Entscheidungsprozesses zu einem bestimmten Thema anzuhören, oder NGOs durch festgelegte Verfahren an bestimmten Beratungen zu beteiligen. Dies ist beispielsweise für den Beratenden Ausschuss für Genossenschaften, Gegenseitigkeitsgesellschaften, Vereine und Stiftungen in der Sozialpolitik der Fall.

Neben den politikfeldspezifisch variierenden Formen der zivilgesellschaftlichen Einbindung in die Kommission existiert ein eigenständiges EU-Organ, das seit dem Vertrag von Nizza als »Brücke zwischen Europa und der organisierten Zivilgesellschaft« (EUV) fungieren soll und den europäischen Entscheidungsorganen beratend zur Seite steht: der Wirtschafts- und Sozialausschuss (WSA). Thomas Jansen, der dieses Gremium aus der Sicht des Praktikers beurteilt, will den WSA als »Forum für den zivilen Dialog« ausgebaut sehen.

Ein aktuelles Beispiel für eine praktizierte Einbindung der Zivilgesellschaft bildet der Konvent, in dem der Dialog mit der Zivilgesellschaft – wie auf dem Europäischen Rat von Laeken vereinbart – ganz groß geschrieben wurde. So wurde ein Informations- und Dialogforum eingerichtet, das die VertreterInnen der Zivilgesellschaft an der Arbeit des Europäischen Konvents über die Zukunft der Europäischen Union beteiligen sollte. Zu diesem alle sechs Wochen stattfindenden Treffen wurden alle in Brüssel ansässigen Verbände eingeladen und über den Stand der Beratungen im Konvent informiert. Insofern könnte man den Konvent als Beispiel für ein deliberatives Forum bezeichnen, da hier die Einbindung möglichst vieler zivilgesellschaftlicher VertreterInnen sowie die Schaffung von Öffentlichkeit im Vordergrund stand.

Die Einsicht, dass die aktive Einbindung der Zivilgesellschaft in politische Entscheidungsprozesse eine »gute Sache« sei, vertritt die EU auch in ihren Beziehungen mit Drittstaaten. Sie exportiert somit ihr Modell der *good governance*. Besonders deutlich wird dies in den Erweiterungsverhandlungen der EU. Thomas Jansen berichtete über die zivilgesellschaftliche Dimension der Erweiterungsverhandlungen, in deren Verlauf zehn gemeinsame beratende Ausschüsse mit den Beitrittsanwärtern gegründet wurden, in denen nicht nur technische Fragen der Erweiterung besprochen wurden, sondern die auch die Strukturen für den sozialen und zivilen Dialog in diesen Staaten stärken sollten. Dass ein solcher Modell-Export nicht unproblematisch ist, zeigte Annette Jünemann am Beispiel der Euro-Mediterranen-Partnerschaft. Das Abkommen beruhe, so Jünemann, auf der Einsicht, dass eine Vertiefung der Beziehungen nicht allein auf Regierungsebene erreicht werden könne, sondern auch öffentliche Unterstützung durch die Kooperation auf zivilgesellschaftlicher Ebene benötige. Der Einbeziehung von Zivilgesellschaft sei jedoch von den mehrheitlich autoritären Regimen des Mittelmeerraumes nur auf Druck der Gemeinschaft und wegen der Aussicht auf eine vertiefte wirtschaftliche Zusammenarbeit zugestimmt worden. In diesem Spannungsfeld zwischen Partnerschaft und Dominanz sei die Europäische Kommission diesen Staaten entgegengekommen, indem sie bei der Auswahl zivilgesellschaftlicher Partnerorganisationen auf radikal systemopponierende Organisationen verzichtet habe. Ein weiteres Problem für die

EU ergebe sich auch aus dem Zielkonflikt zwischen kurzfristiger Stabilisierung und langfristiger Demokratisierung.

5. Fazit und Forschungsdesiderata

Die Tagung hat gezeigt, dass die konzeptionelle Auseinandersetzung mit dem Begriff der Zivilgesellschaft eine besondere Herausforderung für die Europafor schung darstellt. In den meisten Beiträgen klang an, dass Zivilgesellschaft und die aus ihr hervorgehenden organisierten Akteure eine Funktion für die Legitimation der europäischen Politik übernehmen. Von der Verknüpfung zwischen europäischer Politik und ihren Adressaten durch Bürgernähe ist da die Rede, von gesellschaftlicher Partizipation, von Transparenz und europäischer Öffentlichkeit, von Gemeinwohlorientierung und verbesserter Beratungsqualität des europäischen Politikpro zesses. Im Hintergrund steht in vielen Fällen die Vorstellung deliberativer Demokratie, die durch Bürgernähe und Öffentlichkeit zu einer Verbesserung der Beratungsqualität europäischer Politik beitragen und zu Ergebnissen führen soll, die am Wohl der Betroffenen orientiert sind. Aber auch Legitimationsmodelle, die sich stärker am Modell der repräsentativen Demokratie orientieren, müssen sich auf die Existenz oder Herausbildung einer vertikal und horizontal integrierten europäischen Zivilgesellschaft stützen, in der sich gesellschaftliche Resonanz für die europäische Politik entwickeln kann.

Die auf der Tagung vorgestellten Forschungsergebnisse zeigen, dass mit der Entstehung europäischer Zusammenschlüsse und genuin europäischer Verbände sowie einer zunehmenden Orientierung nationaler Organisationen auf die europäische Politik in bestimmten Politikfeldern ein deutlicher Trend zur Europäisierung von Zivilgesellschaften festzustellen ist. Nimmt man das auf Europa gerichtete zivil gesellschaftliche Engagement als Ganzes in den Blick, zeigen sich jedoch einerseits Asymmetrien, die auf die Eigenschaften von Politikfeldern, nationalen politischen Systemen und Akteurstypen zurückzuführen sind. Zudem scheinen sich andererseits kaum sektorübergreifende Kooperations- und Kommunikationsstrukturen einer europäischen Zivilgesellschaft auszuprägen. Entsprechend muss von fragmentierten und sektorale versäulten Europäisierungsprozessen im Bereich der Zivilgesellschaft gesprochen werden. Allerdings scheint die Einbindung der lokalen Ebene in eine europäische Zivilgesellschaft bislang noch wenig erforscht zu sein. Hier sind For schungsbeiträge wünschenswert, die sich mit den Strategien sowie Möglichkeiten und Grenzen der Interessenrepräsentation lokaler Gruppen auf der europäischen Ebene beschäftigen.

Neben den Forschungsdefiziten im Bereich zivilgesellschaftlicher Einbindung auf der substaatlichen, vor allem lokalen Ebene, sind solche auch in der Außenperspektive auszumachen. Zwar gibt es bereits Arbeiten zur Außendimension der Einbin dung der Zivilgesellschaft, diese beschränken sich aber auf einzelne Fallbeispiele wie die Euro-Mediterrane Partnerschaft oder das Lomé-Abkommen; eine vergleichende Analyse dieser Fälle steht noch aus.

Insgesamt haben die Diskussionen im Rahmen der Tagung gezeigt, wie schillernd und zuweilen auch unscharf der Begriff der Zivilgesellschaft als Bezugspunkt für die Entwicklung theoretisch motivierter Legitimationsmodelle einerseits und die empirische Auseinandersetzung mit der wachsenden Fokussierung gesellschaftlicher Akteure auf die europäische Politik andererseits ist. Sowohl in der sozialwissenschaftlichen Forschung als auch von den politischen Akteuren selbst – von NGOs und Verbänden ebenso wie von der EU Kommission – wird die Zivilgesellschaft als Lösung für die Behebung eines konstatierten europäischen Demokratiedefizits angeführt. Selten wird dabei jedoch deutlich gemacht, auf welchen Prämissen diese Annahme aufbaut und wie ein mit der europäischen Politik verknüpfter intermedialer Raum strukturiert sein muss, damit von der Existenz oder Entstehung einer europäischen Zivilgesellschaft gesprochen werden kann. Diesen Forschungsdesiderata könnte mit einer stärkeren Verknüpfung normativer Modellbildung mit empirischer Forschung begegnet werden. Die Tagung hat versucht, einen Beitrag dazu zu leisten, indem sie theoretische und empirische Perspektiven zusammenführte und auf dieser Grundlage eine Debatte über das Konzept einer europäischen Zivilgesellschaft, seine empirische Relevanz und seinen Beitrag zur Legitimation europäischer Politik in Gang setzte.²

Tagungspapiere

Fetzer, Thomas (Europäisches Hochschulinstitut Florenz): Europäische Strategien deutscher und britischer Gewerkschaften in historischer Perspektive.

Heinelt, Hubert/Meinke, Britta (Technische Universität Darmstadt): Strategien zivilgesellschaftlicher Interessenvermittlung im Bereich der europäischen Umweltpolitik.

Jansen, Thomas (WSA, Brüssel): Erfahrungen des WSA mit der zivilgesellschaftlichen Vernetzung im Europäischen Konvent.

Jünemann, Annette (Universität Kassel): Demokratisierungspolitik der EU und Zivilgesellschaft in autoritären Drittländern – die Euromediterrane Partnerschaft.

Rucht, Dieter (Wissenschaftszentrum Berlin, WZB): Europäische Zivilgesellschaft oder Zivilgesellschaft in und jenseits von Europa?

Sittermann, Birgit/Appel, Anja/Zimmer, Annette (Westfälische Wilhelms-Universität Münster): Zivilgesellschaft jenseits des Nationalstaats – Deutsche NPOs auf dem Weg nach Europa.

Steffek, Jens/Nanz, Patrizia (Universität Bremen): Legitimation supranationaler Politik durch deliberative Demokratie – die Rolle der Zivilgesellschaft.

Trenz, Hans-Jörg (Humboldt-Universität Berlin): Organisierte Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit in Europa.

Wasner, Barbara (Universität Passau): Europäische Institutionenpolitik und die Vernetzung sozialpolitischer Verbände.

Weinert, Rainer/Schroeder, Wolfgang (Freie Universität Berlin/IG Metall Frankfurt a. M.): Euro-Realismus und nationale Skepsis: Transnationale Strategien europäischer Nationalgewerkschaften.

2 Die Ergebnisse der Tagung werden bei Leske+Budrich (2004) in der Reihe »Bürgergesellschaft und Demokratie« erscheinen.